

Sind Nahrungsmittelpreise als internationaler Krisenfaktor in der GAP ausreichend berücksichtigt?

Helmut Scholz, MdEP, Koordinator der Fraktion GUE/NGL im Ausschuss für Internationalen Handel

Anrede,

In der Konsultation, die die EU Kommission 2010 zur Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik durchgeführt hat, formulierten die Bürgerinnen und Bürger als einen ihrer zentralen Ansprüche an die GAP: Sie sollte sichere, gesunde Lebensmittel zu transparenten und günstigen Preisen bereitstellen.

Zu diesem Wunsch der Verbraucher muss sicherlich noch der Wunsch der Erzeuger hinzugefügt werden, dass die Preisentwicklung vorhersehbar sein muss und auch ausreichend für die harte Arbeit entlohnt.

Mit diesen Ansprüchen und der Wirklichkeit möchte ich mich in meinem Beitrag zu unserer heutigen Konferenz auseinandersetzen und dabei Aspekte einbringen, mit denen ich mich als Abgeordneter im Ausschuss für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments beschäftige.

Denn vermehrt ist es der internationale Handel, der die Preisbildung im Agrarsektor bestimmt und der auch über die Qualität und Verfügbarkeit von guten Nahrungsmitteln in den Haushalten weltweit entscheidet.

Beginnen möchte ich mit einer Aussage, die diese These zunächst zu widerlegen scheint: Die Bedeutung des Agrarhandels ist gemessen am

Gesamthandelsvolumen der EU in den vergangenen 20 Jahren kontinuierlich gesunken. Importe und Exporte von Agrarrohstoffen und -produkten machen nach Angaben der EU Kommission heute noch etwa sechs Prozent des Außenhandels aus, bei sinkender Tendenz. Und das, obwohl der Handel in Agrargütern in diesem Zeitraum um 60 Prozent gestiegen ist. Der Handel mit Industriegütern stieg jedoch um 150 Prozent. Verstärkte Bedeutung hat heute zudem der Handel mit Dienstleistungen.

Dementsprechend sinkt auch die Bedeutung des Agrarsektors für die Unterhändler der Kommission, wenn sie neue Abkommen mit internationalen Partnern aushandeln. Die Kompetenz für internationale Handelsabkommen liegt seit dem Lissabon-Vertrag nicht mehr bei den Regierungen der Mitgliedstaaten, sondern diese beauftragen damit nun die Kommission. Das Ergebnis bedarf der Zustimmung des Europäischen Parlaments und des Rates.

Vor allem für Entwicklungsländer ist der Vertragsteil zu Agrargütern meist der bedeutendste Teil eines Handelsabkommens. Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Importe der Europäischen Union stammen heute bereits aus Entwicklungsländern. Im Gegenzug für Zugeständnisse im Agrarsektor strebt die Kommission Marktzugang für europäische EU-Güter, für Baufirmen und für Dienstleistungserbringer an.

Erst kürzlich stellte uns die Kommission im Europäischen Parlament eine Studie vor, welche Auswirkungen zum Beispiel das derzeit verhandelte Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den lateinamerikanischen Ländern des MERCOSUR - Brasilien, Uruguay, Paraguay, Argentinien und künftig auch Venezuela und vielleicht noch weitere - haben wird.

Großen Gewinnen für europäische Industrie und Dienstleister stehen laut Studie deutliche Einbußen im europäischen Agrarsektor gegenüber.

Die Kernbotschaft der Kommission an den europäischen Agrarsektor scheint dabei zu sein: Akzeptiert den internationalen Wettbewerb bei den Agrarrohstoffen als verloren und setzt stattdessen auf hochwertige verarbeitete Produkte. (Darunter fällt unter anderem auch die industrielle Mast.)

Dieses Szenario ist nach meiner Einschätzung auch die viel stärker treibende Kraft hinter der Subvention von Flächenstilllegungen als die Entdeckung der Liebe zur Umwelt. Rasant steigende Soja-Importe stellen schließlich sicherlich keinen Beitrag zum Klimaschutz dar.

Die Preisbildung auf den internationalen Märkten ist noch erheblich weniger transparent als auf den lokalen Märkten. Wir sprechen hier zum einen von unglaublich großen Volumina. Stellen Sie sich nur einmal vor, welche Marktmacht der Chefeinkäufer von McDonalds für Rindfleisch besitzt, oder die Großbrauerei InBev für Hopfen. Welche Preise und Löhne kann der Chiquita-Konzern auf Bananenplantagen diktieren, bevor das kleine blaue Etikett für den Eintritt in die amerikanischen und europäischen Supermarktketten sorgt. Wie viel Kaffee-Ernten röstet Tschibo?

Wenn diese Form des Handels nun zwar durch das Volumen beeindruckt, aber irgendwie trotzdem noch nachvollziehbar erscheint, dann schauen wir uns nun noch ein neueres Phänomen an: den Börsenhandel mit Agrargütern, den Handel mit Optionen auf Ernten, den Handel mit Risiken wie Ernteaussfällen, das Zusammenkaufen von Monopolumengen

zum Zwecke der Spekulation und, und, und. Vielleicht hat auch jemand von Ihnen von einem Bankberater ein nettes kleines Investment-Fonds-Paket für die Altersvorsorge empfohlen bekommen. Die Deutsche Bank und Goldman Sachs leisteten 2007 eine gewisse Pionierarbeit, als sie Agrarrohstoff-Fonds auflegten, mit denen die Bankkunden tatsächlich auf die Entwicklung der Agrarpreise wetten. Das wird als sicheres Geschäft beworben, denn Essen müssen die Leute ja schließlich immer. In der Folge explodierten die Preise und tun dies seither zyklisch immer wieder. In mehr als 30 Ländern fanden Hungeraufstände statt.

Verstärkt wird dieser Effekt noch durch neue preistreibende Faktoren wie die Nachfrage nach Biosprit. Zwei Tankfüllungen aus Mais entsprechen der Maisbrotmenge eines erwachsenen Mexikaners für ein ganzes Jahr. Diese neue Nachfrage gekoppelt mit dem Bevölkerungswachstum auf dem Planeten sorgt inzwischen dafür, dass das bebaubare Land selbst zu einer umkämpften Ressource geworden ist. Konzerne und mitunter auch Regierungen kaufen derzeit von der Ukraine bis nach Afrika riesige Landflächen auf. Sie treiben dabei den Preis für Land in eine Höhe, bei der einheimische Bauern nicht mehr mithalten können. Ein Phänomen, das auch in Deutschland begonnen hat.

Ich möchte aber nicht, dass Sie heute alle frustriert den Saal verlassen und denken, diese Entwicklung ließe sich nicht mehr aufhalten. Denn wir sind schließlich nicht die Einzigen, die den Trend beobachten und sich Sorgen machen. Gerade erst in dieser Woche hat sich der französische Agrarminister Bruno Le Maire trotz allen Widerstandes der EU-Kommission auf dem Agrargipfel der G20 in den Kampf geworfen und einen Erfolg erzielt. Ich darf Ihnen verkünden: man hat nun offiziell anerkannt, dass es Spekulation gibt und dass diese die Preise beeinflusst.

Verabschiedet wurde am Donnerstag ein gemeinsamer Aktionsplan gegen Spekulation und Preisvolatilität auf den Agrarmärkten. Sarkozy kommentierte das Ergebnis, es ginge "nicht nur darum, den Hunger zu bekämpfen, sondern den Kapitalismus zu heilen". Washington und Paris nennen das Ergebnis "historisch". Vereinbart wurde die Schaffung des "agriculture market information system (AMIS)", das künftig als Frühwarnsystem für Preisentwicklungen dienen soll, die nicht der realen Produktionsentwicklung entsprechen. Wie in einem solchen Fall einzuschreiten sei und welche Institutionen dafür zu schaffen seien, blieb jedoch noch offen. Einzig die USA verfügen bislang über eine Börsenaufsicht mit entsprechenden Kompetenzen.

Für den Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, den Belgier Olivier De Schutter, geht das Gipfelergebnis nicht weit genug. In seinen Augen adressiert das Ergebnis nur die Symptome, nicht aber die Ursachen der Preisvolatilität. Die Zusammenhänge mit dem Energiemarkt hält er für zu wenig berücksichtigt, vor allem jedoch den Charakterwechsel des Marktes für Agrargüter zu einem Finanzanlagemarkt mit den entsprechenden Eigenschaften. De Schutter forderte auch im persönlichen Gespräch mit mir eine strukturelle Herauslösung des Agrarbereichs aus den Finanzmärkten und im übrigen auch die grundsätzliche Vorprüfung von Handelsabkommen auf ihre Auswirkung auf die geltenden Menschenrechtskonventionen, die ja unter anderem auch das Recht auf Nahrung schützen sollen.

Ich muss derzeit leider hart mit meinem CDU-Konterpart Daniel Caspary im Handelsausschuss kämpfen, der meiner Initiative nicht zustimmen will, Olivier De Schutter in den Ausschuss einzuladen. Ich bin jedoch

optimistisch, dass die Linke hier letztlich erfolgreich sein wird und dass es uns auch gelingen wird, unsere wichtigen Argumente vor eine größere Öffentlichkeit zu tragen.

Denn die Neugestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik bietet eine historische Chance, sie mit Antworten auf komplexe Herausforderungen wie die globalen Kapitalmärkte zu verknüpfen. Wir dürfen die Agrarpolitik nicht länger isoliert betrachten. Sie ist eingebunden in jenes Spiel größerer Kräfte auf dem Kapitalmarkt und wir müssen sie mit politischem Willen herauslösen. Deshalb müssen wir unter anderem dafür sorgen, dass die Erkenntnisse und Vereinbarungen von Paris nicht wie so oft bei Sarkozy eine folgenlose Ankündigung bleiben, sondern im Rahmen der GAP und begleitend zu ihr in konkrete Gesetzgebung münden - nicht nur in unserem Interesse als Verbraucher und Erzeuger in Europa, sondern auch im Interesse der Menschen in den Entwicklungsländern.

Denn auch dies ist ein zentraler Anspruch, den die Bürgerinnen und Bürger in der Konsultation zur Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik formulierten: "Sie sollte faire Wettbewerbsbedingungen für einheimische und eingeführte Erzeugnisse schaffen; und sie sollte darauf achten, den Volkswirtschaften und Lebensmittelerzeugungskapazitäten von Entwicklungsländern keinen Schaden zuzufügen und sie sollte zur Bekämpfung des Hungers in der Welt beitragen."

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.